

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
154 · Ausgabe AG · Mai 2015

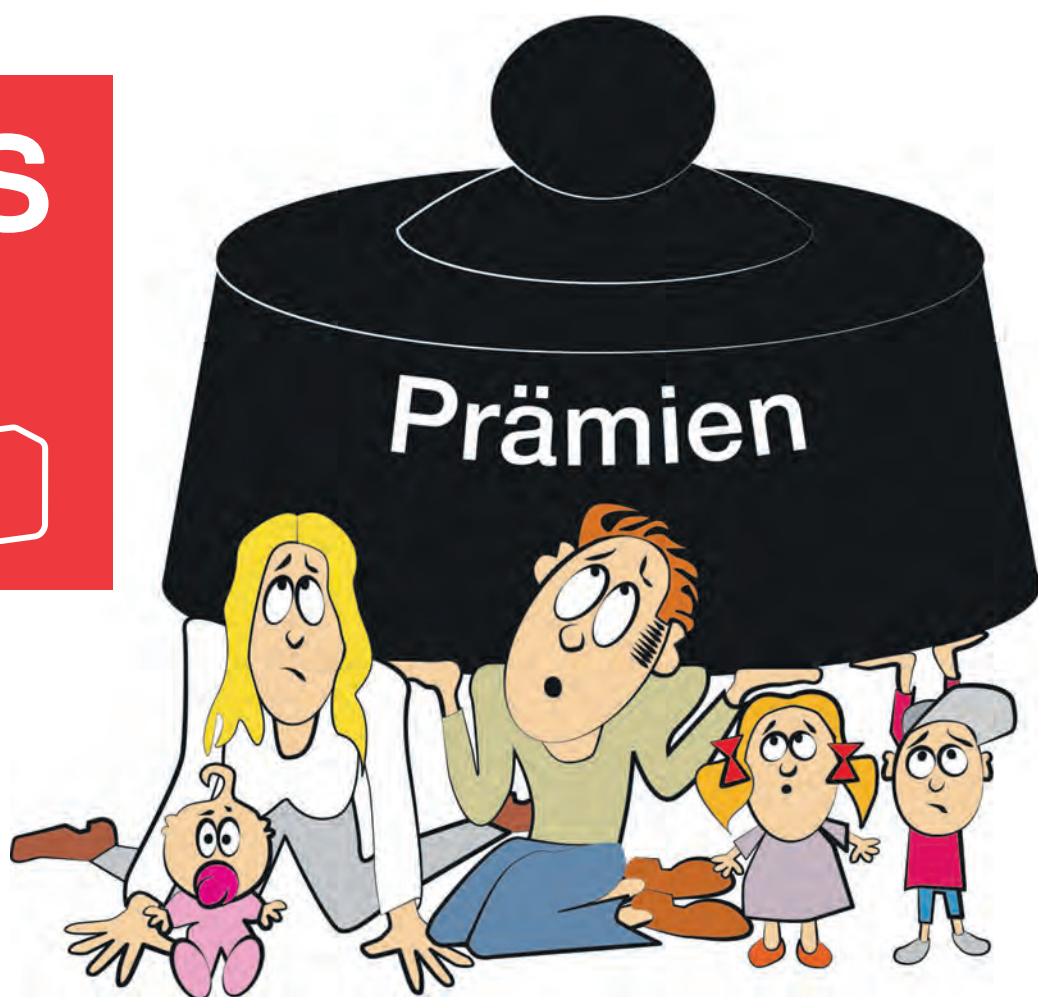
SP

EDITORIAL

Gemeinsam in eine Zukunft für alle statt für wenige!

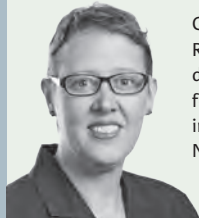
Die Geschäftsleitung der SP Aargau schlägt dem Parteitag vom 6. Juni 2015 eine Listenverbindung (mindestens) mit den Grünen Aargau vor. Warum das? Seit 2008 schlittert Europa von einer Krise in die nächste: Klimakrise, Atomkrise, Wirtschaftskrise, Flüchtlingskrise... Und die Schweiz reagiert mit Ängstlichkeit, Fremdenfeindlichkeit und Abschottung. Soziale, umweltpolitische und humanitäre Anliegen haben es an den Urnen zunehmend schwer. Absurderweise legten genau jene politischen Kräfte bei den letzten kantonalen Wahlen (leicht) zu, deren Projekt des Casinokapitalismus das ganze Fiasko überhaupt erst ausgelöst hat. Mit ihrem «Schulterschluss», genannt «Deregulierungspakt» wollen CVP, FDP und SVP die Wahlen 2015 zu Block- und Richtungswahlen machen. Die Schweiz hat nur noch zwei Optionen: Entweder wir wählen den Nationalismus und den schrittweisen Abbau unserer sozialen und wirtschaftlichen Rechte unter dem Herrliberger Taktstock – oder wir wählen eine Schweiz mit Zukunft. Eine Schweiz der sozialen Gerechtigkeit, der zahlbaren Krankenkassenprämien und Mieten, der Energiewende und der solidarischen Verantwortung in und mit Europa. Für dieses Projekt brauchen wir alle Kräfte links der Mitte, die wir bündeln können – nur dann stellen wir sicher, dass am 18. Oktober im Aargau keine Stimmen verloren gehen und der neue sechzehnte Nationalratsstz nicht nach rechts geht.

Cédric Wermuth von Baden ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Kanton Aargau. Er kandidiert im Oktober wieder für den Nationalrat.



IM PARTEIPROGRAMM DER SP STEHT DIE SOZIALE GERECHTIGKEIT ALS EIN GRUNDWERT NEBEN DER FREIHEIT UND DER SOLIDARITÄT. KERN DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT IST DIE GESELLSCHAFTLICHE GLEICHSTELLUNG DER MENSCHEN.

Soziale Gerechtigkeit?



Claudia Rohrer von Rheinfelden ist Präsidentin der SP Rheinfelden. Sie kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

In den vergangenen Jahrzehnten haben wir uns zu einer Konsumgesellschaft entwickelt. Nach dem zweiten Weltkrieg in Europa wurden insbesondere in der Schweiz Güter, die vorher nur wenigen zur Verfügung standen, für viele Haushalte erschwinglich. Für meine Grossmutter war es eine Errungenschaft, einen eigenen Kühlschrank zu haben. Noch erinnere ich mich an gemeinschaftlich genutzte Kühlräume, da nicht jede Wohnung einen Kühlschrank hatte. Heute gehört der Kühlschrank mit Gefrierschrank zu einer normalen Wohnungseinrichtung.

Vermutliche Prämienverbilligung

Wir stehen der Entwicklung zur Konsumgesellschaft und

zu deren Auswirkungen skeptisch gegenüber. Es ist jedoch Teil der sozialen Gerechtigkeit, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit derjenigen, die wenig Einkommen haben, geschützt wird. Sie sollen auch mit begrenzten Mitteln am Gesellschaftsleben teilhaben können. In der Altersvorsorge gehört dazu die Errungenschaft der Ergänzungsleistungen. Im Bereich der Krankenversicherung ist es der Anspruch auf Prämienverbilligung. Im Kanton Aargau haben Einzelpersonen mit einem steuerbaren Einkommen von 27400 Franken pro Jahr vermutlich Anspruch auf diese Leistung (Information zur Prämienverbilligung). Wie bitte, 27400 Franken steuerbares Einkommen, vermutlicher Anspruch, soziale Gerechtigkeit? Auch wenn das effektive Nettoeinkommen etwas höher ist (bereinigt um Abzüge berufsbedingter Kosten und den Kleinverdienstabzug), bei Monatseinkommen von 2500 Franken soll der Anspruch vermutlich

bestehen? Gemäss SKOS-Richtlinien sollte eine Einzelperson mit monatlich 986 Franken ihre Grundbedürfnisse decken können. Dieser Grundbetrag wird definiert als Mindestmass einer auf Dauer angelegten menschenwürdigen Existenz. In unserer Gegend sind Wohnungen unter 1000 Franken selten, also sind 2000 Franken verbraucht, nur um dauerhaft menschenwürdig überleben zu können. Die verbleibenden 500 Franken machen nach Zahlung der Gesundheitskosten, der Mobilität und der Steuern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aus. Das reicht nicht aus, um in unserer Gesellschaft gleichgestellt zu sein.

Notwendige SP-Initiative

Für alle statt für wenige steht für mich dafür, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Menschen geschützt wird. Darauf zielt die Initiative «Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle» der SP Aargau, welche ich gerne unterstützen werde.



Salome Strobel geht

Immer freundlich, aufgestellt und zuverlässig, so werde ich Salome (ohne accent aigu, da legt sie Wert drauf) in Erinnerung behalten – denn Salome Strobel verlässt Ende Mai das Sekretariat der SP Kanton Aargau, in dem sie seit Februar 2013 als Administrativsekretärin tätig ist und eben bald war. Im Wahljahr. Sie betrachtet den Zeitpunkt als tragbar, die wirklich hektische Zeit vor den eidgenössischen Wahlen beginnt jeweils im Sommer. Zudem hat die SP Aargau zwei gute sogenannte Campainer für die Wahlen angestellt: Sascha Antenen und Nora Hunziker.

Die diplomierte Handelsfachfrau zieht weiter zur ch-Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit in Solothurn, dort wird sie im 70-Prozent-Pensum Projekte koordinieren. Und weiterhin bleibt sie in der Politik, als Stadträtin (Legislative) in Biel und als Präsidentin SP Biel-Stadt/Ost. Was hat sie besonders geschätzt an ihrer Arbeit im Aargau? Ohne Zögern kommt die Antwort: die Abwechslung, das Unvorhersehbare der politischen Agenda und die Arbeit selber, «s läbige», wie sie sagt. Besonders gerne hat sie die Parteitage: Da sieht man die Gesichter zu den Namen und den Stimmen am Telefon. «Ich werde die Leute vermissen», meint Salome Strobel, «aber auch einige wieder an den Delegiertenversammlungen der SP Schweiz sehen».

Was könnte im SP-Sekretariat besser gemacht werden? Die Zuständigkeiten klarer definieren, so Strobel. Das soll auch geschehen: Die aktuelle Stellenausschreibung sieht eine weitere politische und keine administrative Sekretariatsstelle vor.

Danke, Salome, und viel Glück!

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

Für eine geregelte familienergänzende Betreuung im Aargau!



Claudia Mauchle von Unterkulm ist Vizepräsidentin der SP Bezirk Kulm. Sie kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

Noch immer gibt es im Kanton Aargau keine gesetzliche Regelung für die familienergänzende Kinderbetreuung. Nachdem die bürgerlichen Kräfte im Grossen Rat mit ihren Änderungen die Vorlage des Regierungsrats nutzlos gemacht hatten, konnte auch die SP-Fraktion nicht mehr hinter dem vorgelegten Gesetz stehen. Ich arbeite seit bald sechs Jahren in einer Kita und habe deshalb die Debatte interessiert mitverfolgt. Zu 100 Prozent konnte ich hinter der Entscheidung der SP-Fraktion stehen, denn lieber (noch) kein Gesetz als ein furchtbar schlechtes! Nun ist es aber endlich an der Zeit, vorwärts zu machen und ein gutes Gesetz für die familienergänzende Kinderbetreuung auszuarbeiten.

Der Aargau braucht gesetzliche Richtlinien zur Sicherstellung der Qualität in Kitas und Tagesstrukturen. Diese Richtlinien müssen auch von einer unabhängigen Instanz regelmässig überprüft werden. Nur so sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor schlechten Arbeits- und Eltern und Kinder vor schlechten Betreuungsbedingungen geschützt.

Neben den Richtlinien muss auch die Finanzierung geregelt werden. Es darf nicht sein, dass gute Kinderbetreuung nur für Gutverdienende zugänglich ist. Deshalb braucht es von Kanton und Gemeinden genügend subventionierte Plätze. Normalerweise muss man mit rund 110 Franken für einen ganzen Tag Betreuung rechnen. Die Kosten für die subventionierten Plätze sollten dann vom Einkommen der Eltern abhängig sein.

Der Nutzen von Betreuungsplätzen ist mittlerweile schon fast unbestritten: Gute pädagogische Konzepte und die Integration und Chancengleichheit für Kinder unterschiedlicher Herkunft sind wichtig für unsere Gesellschaft. Viele Kinder kommen heute

mit grossen sprachlichen und sozialen Defiziten in die Schule, welche die Schule allein nicht ausgleichen kann. Umfassende Frühförderung und schulbegleitende Betreuung sind notwendig, damit alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft die Chance haben, die Schule erfolgreich zu durchlaufen und einen Beruf zu erlernen. Früher gab es Grossfamilien: Verschiedene Generationen, mehrere Kinder lebten unter einem Dach. Kinder hatten andere Kinder, um miteinander zu spielen. Heute haben Familien in der Schweiz durchschnittlich eineinhalb Kinder. Der Umgang und das Zusammenleben mit Gleichaltrigen sind aber für die Sozialkompetenz sehr wichtig!

Integration und Chancengleichheit für Kinder unterschiedlicher Herkunft sind wichtig für unsere Gesellschaft.

Auch wir Frauen wollen die Möglichkeit haben, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Dies funktioniert aber nur flächendeckend und gerecht, wenn ein qualitativ gutes Betreuungsangebot vorhanden ist, das sich alle Familien leisten können.

Am Parteitag vom 6. Juni 2015 werden die SP Frauen Aargau eine Resolution präsentieren, die sich für eine gute Gesetzesvorlage einsetzt. Es ist enorm wichtig, dass sich die SP Aargau weiterhin für familienergänzende Betreuung stark macht. Ich werde es ganz bestimmt vor, während und nach dem Wahlkampf tun und freue mich, wenn es mir viele Genossinnen und Genossen gleichtun.

Im Beruf gesund bleiben

WIR VERBRINGEN EINEN GROSSEN TEIL UNSERER ZEIT IM BERUFSLEBEN. GRUND GENUG, DABEI AUCH AUF DAS WOHLBEFINDEN UND DIE GESUNDHEIT ZU ACHTEN.



Andrea Rey von Muri ist Präsidentin der SP Bezirk Muri. Sie kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

Rein praktisch gesehen sichern uns die Arbeit den Lebensunterhalt. Idealerweise hat Beruf auch mit Selbstverwirklichung zu tun und bietet die Möglichkeit, persönliche Interessen, Neigungen, Fertigkeiten und Fähigkeiten zu entfalten. Die berufliche Tätigkeit kann Gesundheit, Wohlbefinden und Selbstwertgefühl positiv beeinflussen und das Leben bis ins Alter bereichern. Voraussetzungen dafür sind unter anderem, dass die beruflichen Anforderungen und die persönlichen Qualifikationen gut übereinstimmen, die Arbeit weder

über- noch unterfordert und ein wertschätzendes Arbeitsklima herrscht.

Arbeit kann aber auch krank machen, wenn die berufsbedingten Belastungen körperlicher oder psychischer Art zu gross werden und nicht mehr bewältigt werden können. Leistungs- und Wettbewerbsdruck, lange Arbeitszeiten, Stress und einseitige Belastung sind nur einige Faktoren, welche die körperliche, mentale und psychische Leistungsfähigkeit beeinträchtigen und in vielen Fällen zum Burnout führen. Die Überbelastung kann so gravierend sein, dass eine Kurzschlussreaktion zu einer Katastrophe führt.

Gesetzlich ist der Arbeitgeber verpflichtet, alle für den Gesundheitsschutz nötigen Massnahmen zu treffen. Er muss auch dafür sorgen, dass die physische und psychische Integrität der Arbeitnehmenden gewahrt bleibt, was auch die Achtung der Persönlichkeit einschliesst. Der Arbeitgeber hat diese Forderung nicht nur selbst einzuhalten, sondern hat auch dafür zu sorgen, dass die persönliche Integrität durch die andern Angestellten und die Kundschaft respektiert wird. Zu den Eingriffen in die persönliche Integrität gehören sexuelle Belästigung, Mobbing oder Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der Rasse oder der Religion.

Mit flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit stärkt der Arbeitgeber die Ressourcen der Mitarbeitenden. Angestellte, die ihre Arbeitszeit flexibel gestalten dürfen, können ihr Familien- und Berufsleben besser mit der Arbeit vereinbaren. Sie sind weniger gestresst und fallen weniger oft aus. Sie sind konzentrierter und letztlich auch produktiver.

Welchen Beitrag können wir selbst leisten? Gesundheit im Beruf hat auch viel mit einer gesunden Ernährung zu tun. Kommen wir weg vom gestressten Terminjäger, der zwischen zwei Terminen noch kurz etwas Essbares verschlingt, nehmen wir uns wieder mehr Zeit für Pausen. Ausgewogenes und genussvolles Essen und Trinken sind Teil eines gesunden Lebensstils. Essen und Trinken bedeuten auch ein Stück Lebensfreude.

Der Blick auf den eigenen Alltag zeigt uns den Handlungsbedarf an. Jeder und jede sollte sich aber nur Ziele setzen, die auch realistisch umsetzbar sind. Unrealistische Zielsetzungen können wieder zu Stress führen. Die Gesundheitsförderung im Berufsleben ist und bleibt ein zentrales Thema. Gehen wir es an!

26. Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Donnerstag 25. Juni 2015
19.30 bis 21.00 Uhr

Vereinsraum Mehrzweckhalle
5722 Gränichen

Bericht von der Sommersession

Gast: Nationalrätin
Prisca Birrer-Heimo

mit offerierter Suppe

Es lädt ein:
SP Gränichen

KOMMENTAR



STIPENDIEN-INITIATIVE

Nur ein bisschen Fairness

Die Stipendienvergabe ist heute ungerecht geregelt. Denn die Kantone bestimmen, wer Stipendien erhält. Da es keine verbindlichen nationalen Regeln dazu gibt, gibt es dabei massive kantonale Unterschiede. Fair wäre es darum, wenn alle Student_innen gleich behandelt werden. Ausschlaggebend sollte sein, ob eine Familie ihr Kind in der Ausbildung finanziell unterstützen kann und wie viel Geld für den Lebensunterhalt im geplanten Studium notwendig ist.

Wie hoch ist denn der Bedarf? Es sind etwa 2000 Franken pro Monat. Keine schwierige Rechnung: Eine Familie mit einem normalen Haushaltseinkommen hat Mühe, einen oder sogar mehrere Student_innen zu finanzieren. Für viele ist ein Studium deshalb unbezahlbar, obwohl sie gerne eines aufnehmen möchten. Finanzielle Überlegungen halten sie aber davon ab. Fair wäre es darum, wenn die Beträge den Lebensbedarf tatsächlich deckten. Nur so können wir Chancengerechtigkeit zwischen jungen Menschen gewährleisten.

Politik und Hochschulen haben sich entschieden, mit dem Bologna-System das Studium als Vollzeitaufgabe zu definieren. Besonders in Natur- und technischen Wissenschaften, aber immer mehr auch in Sozial- und Geisteswissenschaften ist es nicht möglich, neben dem Studium zu arbeiten. Wer sich für solche Hochschulen entscheidet, muss die Student_innen auch mit Stipendien unterstützen. Heute funktioniert das nicht.

Fair wäre es darum, zur Stipendieninitiative Ja zu stimmen: Für die Gleichbehandlung, angemessene Beträge und ein kohärentes System.

Florian Vock von Baden ist Vorstandsmitglied der SP Stadt Baden. Er kandidiert auf der JUSO-Liste für den Nationalrat.



Wir besuchen alle Sektionen

Ohne die Sektionen geht gar nichts! Wir haben im Kanton Aargau um die 70 kleine und grosse Sektionen, erfolgreiche und solche, die kämpfen müssen. Viele Sektionen beschäftigen die zunehmende Interesselosigkeit und Gleichgültigkeit ihrer Mitglieder. Das wirkt sich auf die personelle Situation der Vorstände und auf ihre politische Arbeit in den Gemeinden aus. Bei einigen Sektionen ist Resignation spürbar. Das muss nicht sein und darf so nicht bleiben.

Wir, Präsidium und Geschäftsleitungsmitglieder, werden bis Ende Jahr alle Sektionen besuchen. Ziel der Gespräche ist es, eine realistische Aktivitäts- und Personalplanung zu erstellen und die jeweiligen Zuständigkeiten zu klären. Den Kanton betreffende Unterstützungsmassnahmen werden wir ab 2016 zusammen mit dem neuen Fachsekretariat angehen, das auch für die Unterstützung der Sektionen und Bezirke bei Wahlen und Kampagnen zuständig sein wird. Kontakte zu den Sektionen die Aufnahme lokaler und regionaler Themen in die kantonale Politik gehören für uns auch zum Pflichtenheft der Kantonalpartei. Die Besuche helfen uns, die nächsten Aufgaben unserer politischen Arbeit einzuschätzen und geeignete Werkzeuge und Strategien zu entwickeln. So können wir die Arbeit in den Sektionen unterstützen und auch als Kantonalpartei profitieren. Mit linker Politik im bürgerlichen Aargau Erfolg zu haben, ist nicht einfach. Aber der Einsatz lohnt sich, wie die Ablehnung des Sparpakets am 8. März dieses Jahres gezeigt hat. Das reicht uns aber nicht. Der Kanton Aargau braucht noch viele linke Erfolge, um sozialer, ökologischer und solidarischer zu werden.

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Kanton Aargau.



Eine Nichtwende i

AN DER KOMMUNALPOLITISCHEN TAGUNG DER SP AARGAU VOM 28. MÄRZ 2015 STELTEN PROJEKTE DER ÖFFENTLICHEN HAND VOR UND ZEIGTEN, WIE UND VON WEM GEMEINDEN BEI



Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

Die Energiewende wird in Bern definiert. Für ihre Umsetzung braucht es aber das Engagement der Exekutiven, auch jener der Gemeinden. Darüber waren sich alle Anwesenden der kommunalpolitischen Energie-Tagung der Kantonalpartei einig. Die Expertin und die Experten waren von Partei-Co-Präsidentin Elisabeth Burgener geschickt ausgewählt worden: Es sprachen der in der Energie-Beratung tätige Energieingenieur Herbert Mösch aus Gipf-Oberfrick, Rolf Kern, ein bei einer Energiegenossenschaft angestellter Elektroingenieur und in seiner Wohngemeinde Zeihen aktives Mitglied der Energie- und Umweltkommission, Gabriela Suter, die in Aarau politisch für die Energiewende ESAK engagierte erfahrene Einwohnerrätin, und Nationalrat Max Chopard-Acklin aus Nussbaumen, der sich in der nationalen Politik immer wieder energiepolitisch zu Wort meldet, sei das für die Erneuerbaren oder im Zusammenhang mit den Pleiten und Pannen der Atom Mülllagerung.

Hilfen für kleine und grosse Gemeinden

Die Gemeinden sind zuständig für Bevölkerungskontakte, Energieversorgung, Mobilitätsplanung und Raumordnung. Damit sie diese Rolle wahrnehmen können, gibt es im Rahmen des Programms EnergieSchweiz sowie auf kantonaler Ebene verschiedene unterstützende Projekte und Massnahmen. So wies Herbert Mösch in links.ag 152 wie auch

an der Tagung auf die verschiedenen Programme, Labels und Beratungsstellen hin¹.

Die einzelnen Projekte passen nicht für alle Kommunen, und so gibt es für die verschiedenen Gemeindegrössen und Bedürfnisse unterschiedliche Angebote und Förderprogramme – wenn diese auch mit dem Leistungsabbaupaket (Leistungsanalyse) im Aargau wie andere ökologische Projekte finanziell beschnitten wurden. Wichtig ist, dass Behörden, Unternehmer und Bevölkerung in die selbe Richtung ziehen. Die Einsicht, dass eine nachhaltige Energieversorgung auch ökonomisch interessant ist, setzt sich immer mehr durch. Und Gemeinden werden, unbesehen ihrer politischen Mehrheiten, bei konkreten Energiebeschlüssen denn auch oft «vernünftig», so Herbert Mösch.

Energiepolitik aus Sicht kleiner Gemeinden

Rolf Kern beschrieb den Weg zur nachhaltigen Energiepolitik, die Bedingungen dafür und die Projekte in seiner Gemeinde Zeihen. Auslöser war dort das Projekt Energiestadt. Man kann dieses für das kommunale Marketing, so für Neuzuzüger_innen, empfehlen. Für die Bevölkerung ist die Thematik jedoch anfänglich komplex und hat geringe Bedeutung, auch wenn das Bewusstsein für einen effizienten Umgang mit Energie vorhanden ist. Von Vorteil sind hier die relativ einfachen Entscheidungswege mit kurzen Umsetzungszeiten, jedoch bleibt der Aktionsradius der kleinen Gemeinden begrenzt, meist auf Verkehr, Entsorgung und Infrastruktur.

Als Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Energiepolitik nannte Rolf Kern die Unterstützung durch den Gemeinderat, den Willen zur Vorbildfunktion, eine gute Zusammenarbeit mit dem Gemeinde-Elektri-

KOMMENTAR



Ja zur Erbschaftssteuer!

Wer mehr als zwei Millionen vererbt, soll 20 Prozent davon der Allgemeinheit zugute kommen lassen. Dies betrifft gerade einmal 2 Prozent der Erblasser_innen. Erbschaften darunter bleiben steuerfrei. Von den geschätzten drei Milliarden Ertrag sollen zwei Drittel zur AHV und ein Drittel an die Kantone fliessen. Die Erbschaftssteuer ist kein «KMU-Killer». Die Initiative fordert, dass KMU bis zu einem hohen Freibetrag steuerfrei sein sollen, um deren Existenz und die Arbeitsplätze zu sichern. Den genauen Freibetrag muss das (bürgerlich dominierte) Parlament bei Annahme der Initiative noch festlegen. Ein durchschnittliches Schweizer KMU ist gemäss einer Studie von Pricewaterhouse Coopers etwa 19 Millionen wert. Bei einem Freibetrag von 50 Millionen, wie von den Initianten gefordert, ist kaum eines der 556 000 KMU von der Erbschaftssteuerreform betroffen. Die Vermögen in der Schweiz sind sehr ungleich verteilt: 2 Prozent der Steuerpflichtigen besitzen gleich viel wie die übrigen 98 Prozent. Mit dem Zusatzbeitrag an die AHV tragen die reichsten der Erblasserinnen und Erblasser zum sozialen Ausgleich und somit zur politischen Stabilität des Landes bei. Mit dem Ertrag aus der Erbschaftssteuer kann die AHV mit zwei Milliarden entlastet werden. Dies ist sinnvoller und sozial verträglicher, als zugunsten der AHV den Konsum noch mehr zu besteuern und die Mehrwertsteuer anzuheben oder die Abgabe auf Löhnen zu erhöhen. Die Erbschaftssteuer tut niemandem weh: Vermögen, das jemand durch Glück erbt, soll genauso versteuert werden wie ein Lottogewinn!

Gabriela Suter von Aarau ist SP-Einwohnerin und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau. Sie kandidiert im Oktober für den Nationalrat.



ist genau so teuer

VIER FACHPERSONEN AUS TECHNIK UND POLITIK BEISPIELHAFT UND AKTUELLE ENERGIEPOLITIK UNTERSTÜTZT WERDEN.

zitätswerk, genügend Mittel, dazu eine motivierte Kommission und, für Zeihen, dass die Gemeinde durch einen kantonalen Gemeindeberater und die Energie-Region Fricktal unterstützt wurde. So konnten folgende Energieprojekte umgesetzt werden: Energiestadt (seit 2004), eine Photovoltaikanlage auf dem Forstwerkhof, die Direktvermarktung von Solarstrom im Dorf, eine Energiewoche zusammen mit der Schule, ein Holzwärmeverbund Gemeinde- und Kirchenbauten, die Einführung vergünstigter SBB Tageskarten und Informationsanlässe über Solarnutzung, Stromeffizienz in Haushalt, Gebäudesanierung und Heizsystemen.

Städtische Energiepolitik am Beispiel Aarau
Gabriela Suter ist Mitglied im Vorstand Energiestadt Aarau Konkret ESAK. Die Ziele von ESAK sind: die Erreichung der 2000-Watt-Gesellschaft und der «1 Tonne CO₂-Gesellschaft» und der Ausstieg aus der Kernenergie. Mitglieder von ESAK sind in der bürgerlich dominierten Kantonshauptstadt neben der SP und Privaten eine Mitte-Links-Allianz, mit der 2012 eine Volksabstimmung über ESAK mit 61 Prozent gewonnen werden konnte. Die Industriellen Betriebe Aarau (IBAarau) und die Stadt nehmen sich mit dem Massnahmenplan 2016–2022 vor, Massnahmen in den Bereichen Neuausrichtung, Beteiligungen, Fernwärmenetz und Solardächer (IBA), die Sanierung stadtteigener Bauten/Energiekonsum Stadt für 3,1 Mio./445 000/Jahr und ein Förderprogramm mit einem Spezialfonds von 3 Mio./430 000/Jahr (Stadt) aufzugleisen. Noch fehlen klare Beschlüsse, die aktuellen Sparbeschlüsse der Stadt werden das Projekt wohl verzögern. Weitere Hürden bilden eine erneute Volksabstimmung über den Spezialfonds, Unsicherheiten auf Ebene Kanton/

Bund, die drohende Strommarktliberalisierung und Beteiligungen der IBAarau an der Alpiq. ESAK muss sein Engagement also weiter hoch halten.

Energiestrategie des Bundes

Max Chopard-Acklin, Mitglied der nationalrätlichen Umwelt- Raumpungs- und Energiekommission UREK, umriss die Energiestrategie des Bundes nach Fukushima (siehe auch links.ag 152, Seite 12) und zeigte auf, wie wichtig ein nicht erlahmendes Engagement für eine aktive Energiepolitik ist – diese scheint vier Jahre nach dem atomaren Grossunfall verwässert und die Schweizer AKW sollen länger laufen gelassen werden. Kostengründe dürfen keine Argumente mehr gegen den Umstieg auf Erneuerbare sein, denn, so Chopard, «Eine Nichtwende ist genau so teuer». Die Frage dabei, immer mit Blick auf die Öl- und Atomkatastrophen der letzten Zeit: Will man das «Restrisiko» verdrängen oder etwas verändern? Max Chopard wies nach, wie die Energiewende zu schaffen ist und welche Massnahmen in welchen Bereichen von wem und in welchem Zeitraum vorgesehen sind (siehe dazu die aufschlussreiche Folien zur Tagung²). Dabei haben auch die Gemeinden eine wichtige Rolle. Max Chopard's Fazit: «Information ist alles. Viele Gemeinden wissen gar nicht, was in ihrem Bereich alles möglich ist.» Und: «Gegen die Strommarktliberalisierung werde ich mich vehement einsetzen!»

¹ www.ag.ch/de/bvu/energie/bauen_energie/energieberatung_aargau_1, www.energieschweiz.ch, www.energiestadt.ch, www.ag.ch/energie

² Die Folien zur kommunalpolitischen Tagung der SP Aargau «Die Energiewende in meiner Gemeinde umsetzen» vom 28. März 2015 und die Kontaktadressen dazu können beim Kantonalsekretariat bezogen werden.



Stehend v. l. n. r. Jessica Volmar, Darja Keller, Mia Kicki Gujer, Jonas Hasenfratz, Fabienne Senn, Dumeng Girell di Giovanol, Ariane Müller, Rahel Pauli
Sitzend v. l. n. r. Benjamin Bieri, Florian Vock, Nora Hunziker, Leona Klopfenstein, David Hunziker, Ruben Ott, Laura Kunz, Tizian Künzler

Die Nationalratskandidaturen d

1. Florian Vock

Wir überlassen nicht den Rechten und Bünzlis die Politik. Ich engagiere mich für eine Gesellschaft, in der alle Menschen gerechte Möglichkeiten haben. Eine Gesellschaft, in der unsere Lebensqualität, nicht Profitinteressen im Mittelpunkt stehen. Eine Gesellschaft, in der niemand wegen seiner Herkunft oder seiner Lebensweise benachteiligt wird. Wir treten an, um sagen zu können: Wir haben den Unterschied gemacht.

Florian Vock, 1990, Baden, Projektmitarbeiter Kampagnen/Kommunikation, BA in Soziologie und Philosophie, Vorstandsmitglied SP Stadt Baden, Präsident Forum 1. Mai Baden, JUSO Aargau, VPOD, Pink Cross, Erklärung von Bern, Mieterinnen- und Mieterverband Aargau, Denknetz, Solifonds, Quartierverein Hasel-Martinsberg, Verein Wettinger Sommerkonzerte, Verein Pro Kanti Wettingen.

2. Mia Kicki Gujer

Steuersenkungen für Bonzen und Unternehmen – und dafür bei Bildung, Kultur und Gesundheit sparen. Rassismus als akzeptierte Haltung und Intransparenz als Standard in der Politik:

Ist es nicht an der Zeit, wieder fortschrittlich und zukunftsgerichtet zu denken, anstatt Minderheiten zu diskriminieren, das Volk anzulügen und den Kindern die Zukunft zu rauben? Mit meiner Kandidatur für den Nationalrat möchte ich ändern, was mich stört.

Mia Kicki Gujer, 1994, Wettingen, Co-Präsidentin JUSO Aargau, Projektleiterin JUSO Schweiz für die Referenden NDG und BÜPF, Campaignerin Nationalratswahlen JUSO Bern, Vorstandsmitglied SP Wettingen, Vorstand Forum 1. Mai Baden, JUSO Aargau, SP Wettingen, Unia, WWF, GSoA.

3. Leona Klopfenstein

Als Fachfrau Betreuung erlebe ich in meiner täglichen Arbeit mit Kindern die Folgen der rechten Abbaupolitik. Die Politik der bürgerlichen Mehrheit zerstört die Qualität der Kinderbetreuung und damit die Arbeitsbedingungen der Angestellten. Die Steuersenkungen für Reiche schaden unserer Bildungsqualität. Wir treten dagegen an! Mein Einsatz in der Politik gilt den Menschen in unserem Kanton, der Qualität der Kinderbetreuung und den

Angestellten. Gute Kinderbetreuung ist entscheidend für unsere Gesellschaft, denn sie fördert Integration, schafft gerechte Chancen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Leona Klopfenstein, 1991, Aarau, FaBe Kinderbetreuung, Unia, VPOD, EVB, Pro Velo, Blauring Aarau.

4. Jonas Hasenfratz

1 Milliarde Menschen sind permanent unterernährt. 2,5 Milliarden Menschen leben mit weniger als 2 Dollar pro Tag. Gleichzeitig konzentrieren die 300 Reichsten der Schweiz ein Gesamtvermögen von 589 Milliarden Franken. Kämpfen wir gemeinsam gegen diese ungerechte Verteilung und für eine Schweiz und eine Welt der Freiheit und Gerechtigkeit!

Jonas Hasenfratz, 1995, Muri, Kantonschüler, Vorstand JUSO Aargau, Geschäftsleitungsmitglied SP Aargau, Unia, GSoA, Nebs.

5. Fabienne Senn

Ich will eine offene, tolerante Schweiz ohne Rassismus, Sexis-

mus oder Homophobie. Ich will ein Gesundheitssystem ohne Lohndruck, Personalmangel oder Stress. Ich will eine Pflege, die sich lohnt. Ich will ändern, was mich stört!

Fabienne Senn, 1993, Lenzburg, Dipl. Pflegefachfrau HF i. A., Vorstand JUSO Aargau, SBK.

6. David Hunziker

Man weiss heute, dass noch in diesem Jahrhundert die fossilen Brennstoffe ausgehen werden. Es ist noch nicht zu spät, das Ruder herumzuschlagen und eine alternative Energiepolitik zu betreiben!

David Hunziker, 1994, Brugg, Student Pädagogik Sek I/Pizzakurier, SP-Einwohnererrat, Vorstand JUSO Aargau, SP Bezirk Brugg und KAIB.

7. Nora Hunziker

Ich setze mich für eine solidarische, grenzenlose Welt ein, in der sich alle Menschen, unabhängig von Aussehen, Nationalität und sexueller Ausrichtung, frei bewegen können.

Ich setze mich für einen AKW- und endlagerfreien Kanton Aar-



er JUUSO Aargau

gau ein, denn die Zukunft ist erneuerbar!

Nora Hunziker, 1992, Brugg, Studentin Sozialpädagogik, Einwohnerrätin Brugg, Unia, SP, JUUSO, Kaib, Greenpeace, OceanCare.

8. Dumeng Girell di Giovanoel

Für mich steht in der Politik der Mensch im Zentrum. Ignorieren wir weiter die Ängste der Bevölkerung und die existenziellen Bedürfnisse der Menschen, wird soziale Gerechtigkeit weiterhin ein Traum bleiben. Aus diesem Grund setze ich mich für eine nachhaltige Politik ein, die für alle in der Schweiz ein Leben in Würde ermöglicht.

Dumeng Girell di Giovanoel, 1986, Oftringen, Student der Philosophie und Religionswissenschaft, Vermittlungsperson Stadtmuseum Aarau, Präsident SP Bezirk Zofingen, Amnesty International, Solarspar, Gesellschaft für bedrohte Völker.

9. Ariane Müller

Die Schweiz ist kein Sonderfall, denn die Krise ist endgültig auch bei uns angekommen. Ich kämpfe dafür, dass die Folgen davon nicht wie bisher in Form von Sparpaketen und Angriffen

auf die Errungenschaften der Arbeiterbewegung daherkommen, sondern dass die Reichen zur Kasse gebeten werden.

Ariane Müller, 1993, Bünzen, Studentin Geschichte und Geographie, Vorstand Regiogruppe JUUSO Freiamt, Unia, Amnesty International, Greenpeace.

10. Rahel Pauli

Diskriminierung ist in der Schweiz inzwischen an der Tagesordnung, sei es aufgrund des Geschlechts, der Sexualität, Nationalität oder der Religion. Anstatt einander mit Respekt und Offenheit zu begegnen. Mit meiner Kandidatur will ich mich für die guten Werte einsetzen. Ändern wir gemeinsam, was uns stört!

Rahel Pauli, 1995, Ennetbaden, Praktikantin Sozialpädagogik, Jugendrotkreuz, VCS.

11. Ruben Ott

Noten gehören abgeschafft, denn Bildung ist kein Leistungssport. Ich möchte Schulen, wo sich Kinder und Jugendliche nicht auf Tests, sondern auf ihre Lernfortschritte konzentrieren. Ich

möchte Hochschulen, wo Studis keine Punkte sammeln, sondern sich in ihr Studium vertiefen.

Ruben Ott, 1985, Baden, Schulische_r Heilpädagoge_in, Vorstand SP Baden, Aargauer Lehrerinnen und Lehrerverband (ALV), Milchbüchli, Transgender Network Switzerland (TGNS), PINK CROSS, Quartierverein Altstadt Baden, Mieterinnen- und Mieterverband.

12. Laura Kunz

Ich fordere Gerechtigkeit und die gleichen Chancen für alle Menschen, unabhängig von Nationalität oder Geschlecht. Deshalb müssen der Fremdenhass und jegliche Diskriminierung bekämpft werden. Die Schweiz braucht faire Löhne, eine solidarischere Integrationspolitik und Perspektiven für alle.

Laura Kunz, 1993, Wohlen, Studentin Rechtswissenschaften 4. Semester in Basel, JUUSO Aargau, Vorstand JUUSO Freiamt, Amnesty International, Unia.

13. Benjamin Bieri

Drohnen statt Bücher, Luxusshotels statt erschwingliche Wohnungen, Starbucks-Cafés statt Asylunterkünfte, Ausverkauf statt Solidarität. Das darf nicht sein. Und jemand muss das sagen und etwas dagegen unternehmen. Dieser jemand möchte ich sein, indem ich auf der JUUSO-Liste für den Nationalrat kandidiere.

Benjamin Bieri, 1997, Laufenburg, Kantonsschüler, Regiovorstand Juso Fricktal, JUUSO, SP, Unia, Amnesty International, Greenpeace.

14. Jessica Volmar

Ich strebe eine bunte, vielfältige und solidarische Gesellschaft

an, in welcher jeder Mensch die gleichen Rechte und Chancen hat und unter keinen Umständen diskriminiert wird. Sexismus, Homophobie und Rassismus haben keinen Platz in einer sozialen, offenen und toleranten Welt. Jessica Vollmar, 1994, Aarau, Jugendsekretärin Unia Aargau, Vorstand Juso Aarau-Lenzburg-Kulm, Unia, Erklärung von Bern, Schweizerisches Rotes Kreuz.

15. Darja Keller

Es ist wichtig, dass gerade wir Jugendlichen mehr über Politik nachdenken. Wenn Politiker_innen bei der Bildung sparen, wenn Kulturräume für Jugendliche schliessen, wenn in den Medien sexistische und rassistische Stereotypen zementiert werden: Dann müssen wir kritisch hinterfragen, diskutieren, streiten. Wir müssen lernen, über unseren eigenen Tellerrand hinauszublicken.

Darja Keller, 1994, Würenlos, Studentin Germanistik, Unia, Jugendrotkreuz, Junge Journalisten Schweiz.

16. Tizian Künzler

Mit meiner Politik will ich mich für die Armen und Ausgestossenen einsetzen, für die, die sich nicht wehren können. Ich sehe dies als meine Pflicht und setze mich für eine solidarische und gerechte Schweiz ein. Insbesondere will ich mich für die Rechte der Tiere stark machen und für eine gesunde Umwelt sorgen. Für all das will ich einstehen, denn schlimmer als blind zu sein, ist es, nicht sehen zu wollen.

Tizian Künzler, 1995, Kantonsschüler, Wohlenschwil, SP, Unia.

ANZEIGE



Die Gemeinde Bad Zurzach und Ständerätin Pascale Bruderer Wyss laden ein zum



6. Apéro fédéral – REGIONAL!

am Samstag, 27. Juni 2015, um 14.00 Uhr in der Oberen Kirche Bad Zurzach

Der Anlass wird für Gehörlose in Gebärdensprache übersetzt.



Pascale Bruderer Wyss berichtet von den Entscheidungen, Ereignissen und Erlebnissen während der Session und freut sich auf einen regen Austausch mit politischen Aktualitäten.

Gemeindeammann Reto S. Fuchs hält ein Grusswort und lädt im Anschluss an die Veranstaltung zum Apéro, offeriert von der Gemeinde Bad Zurzach.

Wer Lust und Zeit hat, besucht nach dem Apéro Fédéral gemeinsam mit Pascale Bruderer Wyss die Tavolata im Zentrum des Fleckens Bad Zurzach.

ORDENTLICHER PARTEITAG 2015

Samstag, 6. Juni 2015, Beginn 13 Uhr (Türöffnung 12 Uhr) in der Turnhalle Schulhaus Au-Erle, Sommerhaldenstrasse 31, Brugg
 Mit Christian Levrat, Parteipräsident der SP Schweiz, und Pascale Bruderer, Ständerätin SP Aargau, Informationen über Aktivitäten der Kantonalpartei, der Fraktion und der Gruppe 60+ und einer Resolution der SP Frauen Aargau.
 Danach: Sommerfest mit Grillade und Public Viewing des Finales der Champions League.
 Wir hoffen, euch zahlreich am Parteitag und am anschliessenden Fest begrüssen zu dürfen.
 Die detaillierte Traktandenliste wird den Delegierten und Gästen separat zugestellt.

PAROLEN Abstimmungen vom 14. Juni 2015

Eidgenössische Vorlagen

- Bundesbeschluss vom 12. Dezember 2014 über die **Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich: Ja**
- Volksinitiative vom 20. Januar 2012 **«Stipendieninitiative»: Ja**
- Volksinitiative vom 15. Februar 2013 **«Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbchaftssteuerreform)»: Ja**
- Änderung vom 26. September 2014 des **Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen: Ja**

Keine kantonalen Vorlagen am 14. Juni

AARGAUISCHE INITIATIVE

BEZAHLBARE KRANKENKASSENPRÄMIEN FÜR ALLE

Krankenkassenprämien fressen die Kaufkraft auf. Prämien steigen schneller als Prämienverbilligungen. Kleinere und mittlere Einkommen sollen entlastet werden.
 Die neue Krankenkasseninitiative der SP Aargau wurde am 1. Mai 2015 gestartet. Argumentarium und Unterschriftenbogen können online über www.sp-aargau.ch und beim SP-Sekretariat bezogen werden.

AGENDA

2., 16. Juni, 7. Juli 2015, **Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau**, 18 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43
 16. Juni 2015, **Parteirat**, 19–21 Uhr, Restaurant Rathausgarten, Aarau
 6. Juni 2015, **Ordentlicher Parteitag der SP Aargau**, 13 Uhr, Turnhalle Schulhaus Au-Erle, Sommerhaldenstrasse 31, Brugg

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
 Telefon 062 834 94 74
 Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch
 Erscheint 9 Mal pro Jahr
 Auflage links.ag 3255
 Redaktion: Katharina Kerr
katkerr@katkerr.ch
 Redaktionsschluss für diese Ausgabe 4. Mai 2015
 Redaktionsschluss nächste Ausgabe 17. Juni 2015
 Erscheinen nächste Ausgabe 2. Juli 2015
 An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Elisabeth Burgener Brogli, Katharina Kerr, Claudia Mauchle, Brigitte Ramseier, Andrea Rey, Claudia Rohrer, Salome Strobel, Gabriela Suter, Florian Vock, Cédric Wermuth.

Landammann-Stammtisch

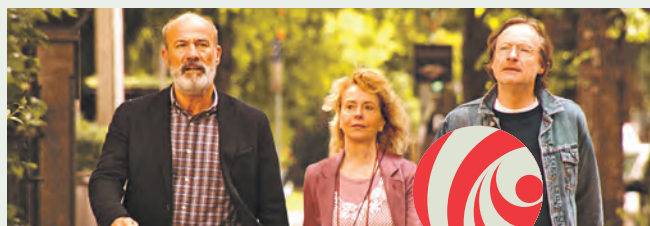


DONNERSTAG, 28. MAI 2015
 19.00 BIS 22.00 UHR
 LANDGASTHOF ALPENRÖSLI
 (DORFSTRASSE 26)

SCHNEISINGEN

LANDAMMANN URS HOFMANN
 STELLT SICH DEN FRAGEN UND ANLIEGEN
 DER BEVÖLKERUNG.

ALLE SIND HERZLICH EINGELADEN. DAS WIRTE-
 EHEPAAR AGNES UND JOSEF MEIER UND
 LANDAMMANN URS HOFMANN FREUEN SICH
 AUF IHREN BESUCH.



INS KINO MIT YVONNE FERI

«WIR SIND DIE NEUEN» – Film von Ralf Westhoff
 Am 21. Juni 2015 im Kino Orient in Wettingen
 Kaffee ab 10.30 Uhr, Film ab 11.00 Uhr

Einladung zum gemeinsamen Kinobesuch
 Als Gast: Pascale Bruderer Wyss, Ständerätin

www.yvonneferi.ch



Landammann-Stammtisch



FREITAG, 26. JUNI 2015
 19.00 BIS 22.00 UHR
 LANDGASTHOF ISELISHOF
 (ZOFINGERSTRASSE 1)

VORDEM WALD

LANDAMMANN URS HOFMANN
 STELLT SICH DEN FRAGEN UND ANLIEGEN
 DER BEVÖLKERUNG.

ALLE SIND HERZLICH EINGELADEN. DAS WIRTE-
 EHEPAAR ERNST UND VIRENI WALTENSPOUL
 UND LANDAMMANN URS HOFMANN FREUEN
 SICH AUF IHREN BESUCH.

